

Was ändert sich 2023 im Bereich Arbeitsmarkt

Übersicht über die wesentlichen Änderungen/Neuregelungen und Befristungen, die im nächsten Jahr wirksam werden.

23. Dezember 2022

Bürgergeld

Mit dem Bürgergeld wird die Grundsicherung für Arbeitsuchende erneuert. Das Bürgergeld-Gesetz tritt zum 1. Januar 2023 in Kraft und wird in zwei Schritten umgesetzt: zum 1. Januar und zum 1. Juli 2023.

Die Regelbedarfsstufen (RBS) steigen zum 1. Januar 2023 wie folgt:

- für alleinstehende und alleinerziehende Leistungsberechtigte: 502 Euro (RBS 1)
- für zwei Partner der Bedarfsgemeinschaft, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, jeweils: 451 Euro (RBS 2)
- für sonstige erwerbsfähige Angehörige einer Bedarfsgemeinschaft, sofern sie das 18. Lebensjahr vollendet haben bzw. für erwachsene Leistungsberechtigte unter 25 Jahren, die ohne Zusicherung des Jobcenters umziehen: 402 Euro (RBS 3)
- für Jugendliche im 15. Lebensjahr bis unter 18 Jahre: 420 Euro (RBS 4)
- für Kinder vom Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres: 348 Euro (RBS 5)
- für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres: 318 Euro (RBS 6)
- Für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf ergibt sich für das erste Schulhalbjahr 2023 eine Erhöhung auf 116 Euro und für das zweite Schulhalbjahr eine Erhöhung auf 58 Euro.

Weitere Änderungen, die ebenfalls zum 1. Januar 2023 im Rahmen des Bürgergeld-Gesetzes in Kraft treten, sind:

- Die Angemessenheit der Wohnung wird erst nach 12 Monaten (Karenzzeit) geprüft. Bis dahin werden die tatsächlichen Kosten der Wohnung übernommen. Die Karenzzeit gilt nicht für Heizkosten, die von Beginn an in angemessenem Umfang gewährt werden.
- In den ersten 12 Monaten (Karenzzeit) bleibt das Vermögen bis zu 40.000 Euro für die erste Person der Bedarfsgemeinschaft geschützt. Für jede weitere Person der Bedarfsgemeinschaft erhöht sich dieser Freibetrag um jeweils 15.000 Euro.
- Nach der Karenzzeit gilt ein Vermögensfreibetrag von 15.000 Euro für jede Person der Bedarfsgemeinschaft. Rücklagen für die Altersvorsorge Selbständiger und selbstgenutztes Wohneigentum werden ebenfalls besser geschützt.
- Der sogenannte Vermittlungsvorrang wird abgeschafft.
- Minderungen des Bürgergeldes sind ab Jahresbeginn wieder möglich, wenn Menschen ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommen oder sie nicht zu Terminen erscheinen, das sog. Sanktionsmoratorium wird zum Jahresende 2022 aufgehoben. Werden Termine ohne wichtigen Grund versäumt, kann der Regelbedarf um 10 Prozent für einen Monat gemindert werden. Werden Mitwirkungspflichten verletzt, kann der Regelbedarf zunächst um zehn Prozent für einen Monat, bei einer zweiten Pflichtverletzung um 20 Prozent für zwei Monate und in der letzten Stufe um 30 Prozent für drei Monate gemindert werden.
- Der Soziale Arbeitsmarkt wird entfristet.
- Minderjährige, die Grundsicherungsleistungen zurückzahlen müssen, weil diese zu Unrecht gewährt wurden, bekommen diese Überzahlung bei Eintritt der Volljährigkeit bis zur Höhe von 15.000 Euro an Vermögen erlassen.

- Bis zu einer Bagatellgrenze von 50 Euro pro Bedarfsgemeinschaft werden keine aufwändigen Aufhebungs- und Erstattungsbescheide mehr erlassen. Die Jobcenter verzichten auf daraus resultierende Rückforderungen.
- Ältere erwerbsfähige Leistungsberechtigte müssen nicht vorzeitig Altersrente in Anspruch nehmen.
- Die Sonderregelung, nach der ältere Leistungsberechtigte nach 12 Monaten Leistungsbezug ohne Beschäftigungsangebot nicht mehr als arbeitslos gelten, wird aufgehoben.
- Es gibt in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht mehr entweder Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, sondern einheitlich Bürgergeld. Behörden haben bis Mitte 2023 Zeit, um Formulare anzupassen.
- Die Handlungsmaximen der Antidiskriminierung werden im SGB II neu klargestellt.
- Kommt es zu einer Leistungsüberzahlung wegen Aufnahme einer bedarfsdeckenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, muss diese Überzahlung nicht mehr in einem Betrag erstattet werden. Vorgesehen ist eine Ratenzahlung in Höhe von 10 Prozent des jeweiligen Regelbedarfs.

Zum 1. Juli 2023 treten folgende Änderungen im Rahmen des Bürgergeld-Gesetzes in Kraft:

- Die Freibeträge für Erwerbstätige werden angepasst. Bei einem Einkommen zwischen 520 und 1000 Euro dürfen 30 Prozent davon behalten werden.
- Junge Menschen dürfen das Einkommen aus Schüler- und Studentenjobs und aus einer beruflichen Ausbildung genauso wie das Taschengeld aus einem Bundesfreiwilligendienst oder Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) bis zur Minijob-Grenze (derzeit 520 Euro) behalten. Das gilt auch in einer dreimonatigen Übergangszeit zwischen Schule und Ausbildung oder Studium. Einkommen aus Schülerjobs in den Ferien bleibt gänzlich unberücksichtigt. Ehrenamtliche können jährlich bis zu 3.000 Euro der Aufwandsentschädigung behalten.
- Der Kooperationsplan ersetzt die formale Eingliederungsvereinbarung. Der Kooperationsplan ist der "rote Faden" des Eingliederungsprozesses und wird in verständlicher Sprache gemeinschaftlich von Jobcenter-Beschäftigten und Bürgergeld-Beziehenden erarbeitet. Er enthält keine Rechtsfolgenbelehrung. Der Kooperationsplan wird schrittweise bis Ende 2023 die auslaufenden Eingliederungsvereinbarungen ablösen.
- Wenn bei der Erarbeitung des Kooperationsplans Meinungsverschiedenheiten auftreten, besteht die Möglichkeit ein Schlichtungsverfahren einzuleiten.
- Bürgergeld-Beziehende können das ganzheitliche Coaching als neues Angebot in Anspruch nehmen. Das Coaching kann auch aufsuchend, ausbildungs- oder beschäftigungsbegleitend erfolgen.
- Die Weiterbildungsprämien für erfolgreiche Zwischen- oder Abschlussprüfungen im Rahmen von berufsabschlussbezogenen beruflichen Weiterbildungen werden entfristet.
- Neu eingeführt wird ein zusätzliches monatliches Weiterbildungsgeld in Höhe von 150 Euro für Arbeitslose und Beschäftigte, die Bürgergeld beziehen, während einer berufsabschlussbezogenen Weiterbildung.
- Für andere Maßnahmen, die für eine nachhaltige Integration besonders wichtig sind, gibt es einen monatlichen Bürgergeldbonus von 75 Euro.
- Das Nachholen eines Berufsabschlusses kann bei Bedarf auch unverkürzt gefördert werden.
- Die Förderung für den Erwerb von Grundkompetenzen, zum Beispiel bessere Lese-, Mathematik- oder IT-Kenntnisse, wird erleichtert.
- Die Anforderungen an die Erreichbarkeit von Leistungsbeziehenden werden an die Möglichkeiten moderner Kommunikation angepasst.

- Mutterschaftsgeld wird nicht mehr als Einkommen berücksichtigt.
- Erbschaften zählen nicht mehr als Einkommen, sondern als Vermögen.
- Bei einer medizinischen Reha muss kein Übergangsgeld mehr beantragt werden, das Bürgergeld wird weitergezahlt.
- Im SGB III wird der Arbeitslosenversicherungsschutz für Personen, die während einer Weiterbildung Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung erhalten, durch eine längere Mindestrestanspruchsdauer nach Ende der Weiterbildung verbessert.

Eine Übersicht über die wesentlichen Anpassungen des Sozialgesetzbuch II (SGB II) und Sozialgesetzbuch III (SGB III) durch das Bürgergeld-Gesetz zum 1. Januar 2023 bzw. zum 1. Juli 2023 finden Sie in der Anlage zum Rundschreiben [IV/143/22](#) vom 20. Dezember 2022.

Insolvenzgeld

Der Umlagesatz für das Insolvenzgeld wird für das Kalenderjahr 2023 auf 0,06 Prozent festgelegt (vgl. Rundschreiben [IV/142/22](#) vom 16. Dezember 2022). Die Veröffentlichung der Verordnung steht noch aus.

Beitragssatz zur Arbeitsförderung

Ab dem 1. Januar 2023 beträgt der Beitragssatz zur Arbeitsförderung 2,6 Prozent. Die befristete Senkung des Beitragssatzes für die Jahre 2020 bis 2022 durch Rechtsverordnung läuft am 31. Dezember 2022 aus.

Kurzarbeitergeld

Befristete Sonderregelungen

Die befristeten Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld werden bis zum 30. Juni 2023 verlängert (vgl. Rundschreiben [IV/146/22](#) vom 23. Dezember 2022):

- Verlängerung der Sonderregelungen über den erleichterten Zugang, nach denen statt mindestens 1/3 nur mindestens 10 Prozent der Belegschaft eines Betriebs von einem Entgeltausfall betroffen sein müssen und keine negativen Arbeitszeitsalden vor Gewährung des Kurzarbeitergeldes aufzubauen sind.
- Auch Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer können weiterhin Kurzarbeitergeld beziehen.

Berechnung Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld bei Grenzgängerinnen und Grenzgängern

Zum 1. Januar 2023 wird gesetzlich klargestellt, dass für Grenzgängerinnen und Grenzgänger in den Fällen, in denen das Besteuerungsrecht für die Entgeltersatzleistungen Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld im Rahmen eines Doppelbesteuerungsabkommens dem Wohnsitzstaat zugebilligt wurde und dieser Staat das Besteuerungsrecht ausübt, das Kurzarbeitergeld bzw. Arbeitslosengeld ohne Abzug einer fiktiven deutschen Lohnsteuer und ohne Abzug des Solidaritätszuschlags zu berechnen ist. Die Änderung schreibt eine bereits aufgrund aktueller Rechtsprechung des Bundessozialgerichts geänderte Rechtsanwendung der Bundesagentur für Arbeit gesetzlich fest (vgl. Rundschreiben [IV/136/22](#) vom 1. Dezember 2022).

Weitergehende Informationen und die jeweils aktuell geltenden Regelungen zum Thema Kurzarbeit entnehmen Sie bitte den FAQ Kurzarbeit der BDA, diese finden Sie weiterhin unter <https://arbeitgeber.de/covid-19/>.

Arbeitsbescheinigung online an die Agentur für Arbeit übermitteln

Ab dem 1. Januar 2023 können Arbeitgeber, die für einen Anspruch auf Leistungen erforderliche Arbeitsbescheinigung elektronisch an die Agentur für Arbeit übermitteln. Die

Bescheinigung in Papierform entfällt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten von der Agentur für Arbeit einen Nachweis der vom Arbeitgeber übermittelten Daten. Für Arbeitgeber entfällt ab diesem Zeitpunkt die bisherige Pflicht, Beschäftigte über die elektronische Übermittlung der Daten zu informieren.

Arbeitslosengeld für überwiegend kurz befristet Beschäftigte

Zum 1. Januar 2023 wird die Sonderregelung für überwiegend kurz befristet Beschäftigte dauerhaft entfristet. Nach dieser Regelung kann ein Anspruch auf Arbeitslosengeld unter erleichterten Bedingungen geltend gemacht werden. Für diesen Personenkreis reichen bereits Versicherungspflichtzeiten von sechs Monaten innerhalb der letzten 30 Monate vor der Arbeitslosigkeit aus. Ansonsten müssen für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld Versicherungszeiten von 12 Monaten innerhalb des genannten Zeitraums vorliegen. Die Sonderregelung trägt den Besonderheiten von überwiegend kurz befristet Beschäftigten Rechnung. Dies sind oftmals Kunst- und Kulturschaffende.

Erwerbsmigration und Asyl- und Flüchtlingspolitik

Jährliche Anpassung der Mindestgehälter für den Aufenthaltstitel zur Erwerbsmigration

Zum 1. Januar 2023 werden die Mindestgehaltsgrenzen für eine Erteilung einer Blauen Karte EU, eines Aufenthaltstitels für IT-Fachkräfte ohne formale Qualifikation sowie für Fachkräfte über 44 Jahre neu festgelegt. Die Veröffentlichung im Bundesanzeiger steht noch aus.

Chancenaufenthaltsrecht

Durch das Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts (vgl. Rundschreiben [IV/137/22](#) vom 2. Dezember 2022) ergeben sich untenstehende Neuerungen. Die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt steht noch aus.

- Von dem neuen § 104c AufenthG (Chancen-Aufenthaltsrecht) können all jene geduldeten Ausländerinnen und Ausländer profitieren, die sich zum Stichtag 31. Oktober 2022 seit fünf Jahren in Deutschland aufhalten.
- Die Gültigkeitsdauer des Chancen-Aufenthaltstitels ist 18 Monate und soll den Begünstigten Zeit geben, die notwendigen – und unverändert gebliebenen – Voraussetzungen für ein Bleiberecht im Anschluss an den Chancen-Aufenthalt zu erfüllen.
- Gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende sollen bereits nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland sowie bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres (statt bisher 21) eine Aufenthaltserlaubnis erhalten (§ 25a AufenthG). Für geduldete Erwachsene werden die vorgesehenen Voraufenthaltszeiten um jeweils zwei Jahre auf sechs bzw. vier (Familien mit Kindern) Jahre reduziert (§ 25b AufenthG).
- Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts erhalten alle Asylbewerbenden unabhängig von ihrem Herkunftsland und ihrem Einreisedatum nach Deutschland grundsätzlichen Zugang zu den Berufssprachkursen, ebenso wie zu den Integrationskursen.
- Diejenigen Normen, die im Fachkräfteeinwanderungsgesetz nur befristet in Kraft gesetzt wurden (§ 16d Abs. 4 Nr. 2 AufenthG (Vermittlungsabsprachen der BA), § 17 Abs. 1 AufenthG (Aufenthaltstitel zur Ausbildungsplatzsuche) und § 20 Abs. 1 AufenthG (Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche für beruflich Qualifizierte)), werden entfristet und damit dauerhaft anwendbar.
- Für Familienangehörige von ausländischen Fachkräften wird bei der Einreise auf das Erfordernis des Nachweises deutscher Sprachkenntnisse verzichtet.

Beschleunigung der Asylgerichts- und Asylverfahren

Damit die Bleibeperspektive für Geflüchtete schneller geklärt wird, sollen die Asylgerichts- und Asylverfahren durch das Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren beschleunigt und vereinheitlicht werden. Das Gesetz sieht dabei u.a. sinnvolle Verfahrenserleichterungen sowohl für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als auch für Asylantragstellende vor (vgl. Rundschreiben [IV/123/22](#) vom 8. November 2022). Die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt steht noch aus.

Wesentliche Neuerungen sind:

- **Streichung der Regelüberprüfung (§§ 72 ff. AsylG):** Die Überprüfung der Voraussetzungen des Asyl- oder Flüchtlingsstatus drei Jahre nach der erstmaligen Feststellung (sog. Regelüberprüfung) soll künftig gestrichen werden. Widerrufs- und Rücknahmeprüfungen sollen zukünftig nur noch anlassbezogen durchgeführt werden.
- **Revisionsmöglichkeit beim Bundesverwaltungsgericht (§ 78 Abs. 8 AsylG):** Wenn ein Oberverwaltungsgericht (OVG) von der Beurteilung asylabschiebungs- oder anderer relevanter Tatsachenfragen eines anderen Oberverwaltungsgerichts abweicht, soll eine Revision zum Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) möglich sein, wenn diese zugelassen wurde. Das BVerwG ist zudem nicht an die Tatsachen und die Würdigung der Vorinstanz zur Frage der zielstaatsbezogenen Angaben gebunden. Dadurch soll eine höchstrichterliche Würdigung und Klärung der Tatsachen ermöglicht werden.
- **Lockerung des Zurückverweisungsverbots (§ 79 Abs. 2 AsylG):** Bisher dürfen Oberverwaltungsgerichte in Berufungsverfahren die Entscheidung nicht an die Vorinstanz (Verwaltungsgerichte) zurückverweisen (auch wenn das Verwaltungsgericht z. B. noch nicht in der Sache entschieden hat). Jetzt sollen Entscheidungen durch die Verwaltungsgerichte und damit die Zurückverweisung an sie selbst (Lastenverteilung) möglich sein.
- **Einführung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung (§ 12a AsylG):** Es wird eine behördenunabhängige und staatlich geförderte Asylverfahrensberatung eingeführt. Dadurch sollen Asylverfahren durch gut informierte Asylsuchende effizienter und behördliche Entscheidungen in ihrer Qualität gesteigert werden. Der behördenunabhängige Charakter soll die Akzeptanz der Asylentscheidungen steigern.